

Nachholbedarf in der Familienpolitik

Bilanz einer Nationalrätin

*Jeannette Behringer befragt
Barbara Schmid-Federer*

Frau Schmid-Federer, wenn Sie ihre Zeit im Nationalrat puncto Familienpolitik Revue passieren lassen: Wo steht die Schweiz heute im internationalen Vergleich? Wie sieht Ihr Fazit aus?

Als ich vor zehn Jahren im Parlament zwei Vorstösse zur Elternzeit einreichte, waren die Chancen intakt, für dieses Projekt eine Mehrheit zu finden. Elternzeit bedeutet nichts anderes als eine berufliche Auszeit für beide Eltern nach der Geburt eines Kindes. Heute ist diese Möglichkeit vertan. Sämtliche Minimalforderungen zu diesem Thema werden im Keim erstickt. Auch eine simple Abschätzung der langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Elternzeit gewinnt im Parlament keine Unterstützung mehr. Ganz anders als im umliegenden Europa. Obwohl wir in der Schweiz lange Zeit etliche Fortschritte erzielen konnten, sind wir in Sachen Familienpolitik am Schlusslicht sämtlicher internationaler Ranglisten.

Warum ist die Schweiz in dieser Frage eine Ausnahme im europäischen Vergleich?

Der tiefere Grund könnte in unserem Wohlstand liegen. Als ich in Frankreich lebte, kannte ich kein einziges Elternpaar, welches nicht je zu 100% arbeitete. Schlicht und einfach weil die Familie auf zwei Einkommen angewiesen war. In der Schweiz gibt es nach wie vor Familien, die mit einem Einkommen auskommen, wobei die Familienarmut zunimmt. Politisch gesehen macht die Schweiz aktuell eine ähnlich starke rechtsnationale Wende durch wie viele andere westliche Staaten. Vor diesem Hintergrund ist eine Modernisierung der Familienpolitik aktuell nicht in Sichtweite.

Eine zentrale Frage – gerade vor dem Hintergrund der Gleichstellung – ist die Möglichkeit für Frauen und Männer, ihre Elternschaft zu leben, ohne dass beruflich Nachteile entstehen. Welche familienpolitischen Elemente sind für ein solches Ziel notwendig?

Auf der einen Seite muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzen, auf der anderen Seite sind Eltern darauf angewiesen, dass ArbeitgeberInnen ihre Situation berücksichtigen.

Wer behauptet, die aktuellen politischen Gegebenheiten würden Wahlfreiheit erlauben, irrt. Es braucht ein gutes und vor allem bezahlbares Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung. Gefragt sind Kitaplätze mit längeren Öffnungszeiten, Tagesfamilien oder Nannybetreuung, bessere Tagesstrukturen für Schulkinder, flexiblere Arbeitszeiten. Immerhin haben wir heute eine bessere Situation bei den Kinderbetreuungsabzügen.

In einem Blogbeitrag aus dem Jahr 2017 schreiben Sie, dass sich in der Schweiz berufstätige Frauen «in der Regel 14 Wochen nach der Geburt für den beruflichen Abstieg oder für eine familienergänzende Betreuung entscheiden» müssen. Wie ist das gemeint?

In der Realität endet für viele junge Frauen mit der Geburt des ersten Kindes ihre geplante und erwünschte berufliche Entwicklung. Sie stehen vor einem riesigen Dilemma. In unserer Gesellschaft gibt es nach wie vor den moralischen Anspruch, dass die Mutter die Arbeitsstelle verlassen und sich ausschliesslich dem Kind widmen soll. Obwohl es solche Familienstrukturen historisch gesehen praktisch nicht gegeben hat – Mütter vor 100 Jahren konnten es sich sicher nicht leisten, nicht zu arbeiten – fühlen sich die jungen Mütter dazu gedrängt, die Arbeit an den Nagel zu hängen oder auf Teilzeitarbeit umzustellen. Mit allen Nachteilen, die damit einhergehen. Wer Teilzeit arbeitet, ist oft nur mangelhaft ins Team eingebettet und gibt damit eine mögliche Weiterentwicklung – und Erfüllung – auf. Wer trotz Geburt 100% weiter arbeitet, ist auf eine familienergänzende Betreuung angewiesen, denn es ist nach wie vor schwierig, die Kinderbetreuung mit dem Vater zu teilen.

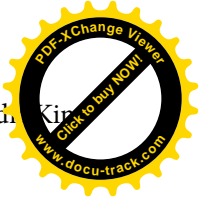
Am 4. Juli 2017 wurde die Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub zum Nutzen der ganzen Familie» eingereicht. Ist dies aus Ihrer Sicht eine vernünftige Initiative?

Obwohl ich die Initiative oder einen allfälligen Gegenvorschlag unterstützen werde, erachte ich die Diskussion mit Fokus einzig auf den Vater als falsch. Der Vaterschaftsurlaub gilt europaweit als «Steinzeitmodell», denn er zementiert ein System, in dem der Mutter nach der Geburt Steine in den Weg zurück in die Arbeitswelt gelegt werden. In Europa hat sich die Elternzeit, welche sich Mütter und Väter aufteilen, längst durchgesetzt.

Beispielsweise wird in Schweden das erste Lebensjahr durch bezahlte Elternzeit abgedeckt. Danach werden fast alle Kinder familienergänzend betreut. Die Elternzeit kann vom Vater oder von der Mutter bezogen werden. Dieses Modell stärkt die Position der Frauen.

Das Initiativkomitee «Vaterschaftsurlaub jetzt» ist auch gewerkschaftlich und durch männer.ch getragen. Wie erleben Sie die Bereitschaft von Männern in der Schweiz, sich über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Gedanken zu machen?

Ich begrüsse die Initiative von männer.ch. Auf der einen Seite vertreten sie Männer, welche den Gleichstellungsprozess nicht verschlafen wollen. Also ein aktives Einbinden der Männer. Auf der anderen Seite wollen sie verhindern, dass sie beim Gleichstellungsprozess vergessen gehen. In der Re-



...erlebe ich, dass die Rolle des Ernährers oft die einzige...
...n ist. Teilzeitarbeit zu leisten oder Hausmann zu wer...
...n, ist für viele Männer mit ihrem eigenen Männerbild...
nicht vereinbar. Männer, die Teilzeit arbeiten, arbeiten bei...
spielsweise in einer Verwaltung, in der Bildung oder sind...
selbstständig unterwegs.

Im Zuge der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie thematisieren wir vor allem die Frage von Gestaltung und Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Müssten wir nicht auch wieder vermehrt die Frage der Gestaltung der Paarbeziehung mit Kindern diskutieren?

Das ist ein ständiger Prozess, der tatsächlich in der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit erhalten sollte. Als ich zum ersten Mal Mutter wurde, fiel ich aus allen Wolken, denn bis zu diesem Zeitpunkt war ich überzeugt gewesen, dass die Mutterschaft ein gut in der Gesellschaft integriertes Rollenmodell sei. Dem war aber nicht so. Ich war 29 Jahre alt, übte einen erfüllenden Beruf aus, bei dem ich 150 Prozent Leistung erbringen musste. Von einem Tag auf den anderen spielte sich mein Leben nur noch in einer 4-Zimmer-Wohnung ab. Die Veränderungen im Lebensalltag waren tiefgreifend, zumal mein gesamter Freundeskreis kinderlos war. Ich stellte erstaunt fest, dass wir an verschiedenen Orten als Belastung empfunden wurden, sei es durch Kinderlärm im Mehrfamilienhaus, durch den sperrigen Kinderwagen im Einkaufsladen, im Restaurant sowieso, ja selbst beim Stillen erntete ich kritische Blicke. Wir waren als junge Eltern mit dieser Situation überfordert. Und ich stelle fest, dass es heute nicht viel anders ist.

Welche Hausaufgaben würden Sie gerne den Frauen heute mitgeben, die sich mit dem Gedanken tragen, Kinder zu bekommen? Welche Fragen, welche Aktivitäten müssen sie angehen, um zu einer gleichberechtigten Gestaltung eines Lebens mit Kindern zu gelangen?

Meine wichtigste Botschaft an junge Mütter ist: Lasst Euch zu keinem Zeitpunkt ein schlechtes Gewissen einreden. Während Jahrhunderten wurden (Klein)-Kinder von Drittpersonen, seien dies Grosseltern, Tanten, Nachbarn, etc. aufgezogen, unabhängig davon, ob eine Blutsverwandtschaft da war oder nicht. Wichtig ist einzig, dass die Kinder dauerhafte Beziehungen eingehen können. Dass eine Konstante da ist.

Wer heute arbeitet, hat mehr Freizeit – und Zeit für die Kinder – als eine Frau vor 100 Jahren.

Zu guter Letzt: Sie gehören der CVP an. Inwiefern vertreten Sie eine christliche Familienpolitik?

Die CVP ist eine politische Partei und keiner Kirche verpflichtet. Sie hat ihre Werte aber auf dem Boden der Christlichen Soziallehre aufgebaut. Für die Familienpolitik bedeutet dies: Die Familie ist die Basis unserer Gesellschaft. Wer sich entschliesst, eine Familie zu gründen, erklärt sich bereit, lebenslang Verantwortung zu übernehmen. Familienangehörige, ob jung oder alt, Familien mit Kindern sowie Familien in späteren Lebensphasen stehen sich gegenseitig bei und werden auch gesetzlich zur Übernahme von Verantwortung verpflichtet. Der Staat hat ein Interesse daran, dass möglichst viele Menschen gegenseitig und bedingungslos Verantwortung übernehmen. Deshalb dürfen Familien nicht diskriminiert oder gegenüber anderen Lebensformen schlechter gestellt werden.

Das Bekenntnis zur Familie bedeutet nicht, dass wir auch die Gestaltung des Familienlebens vorgeben. Im Gegenteil: Wir gehen davon aus, dass die Familien am besten wissen, welche Lebensform für sie die geeignetste ist und setzen uns deshalb für die Wahlfreiheit hinsichtlich Erwerbsarbeit und Kindererziehung zwischen den Partner_innen ein. Deshalb sollen Eltern, welche auf ein zweites Einkommen verzichten, um möglichst viele Betreuungsaufgaben selber wahrzunehmen, keine Nachteile erleiden. Umgekehrt darf es aber nicht sein, dass Eltern, welche zwei Einkommen erzielen, steuerlich dafür bestraft werden. Generell gilt für die vom christlichen Menschenbild geprägte Familienpolitik, dass Familien bei Bedarf vom Staat finanziell und infrastrukturell unterstützt werden sollen.

Barbara Schmid-Federer vertrat von 2007 – 2018 die CVP im Nationalrat und war dort Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe Familienpolitik. Die Mutter zweier Söhne arbeitet heute im Rotkreuzrat, dem obersten Führungsgremium des Schweizerischen Roten Kreuzes.

Die Fragen stellte FAMA-Redaktorin Jeannette Behringer, Politologin und Ethikerin.

